

Korrespondenz zum Thema:

### **„Ich bin doch kein Nationalist!“**

*„.... haben Sie kürzlich bei einem Vortrag in.... die Angst von Mitmenschen um ihren Arbeitsplatz bei einer zunehmenden Nachfrage von Ausländern nach Arbeit in die nationalistische Ecke gerückt. Ihre „Argumente“ waren für mich überhaupt nicht überzeugend. Ich habe persönlich nichts gegen Ausländer, sondern nur Angst um meine Arbeit. Ich bin deshalb auch kein Nationalist. Nie würde ich die AfD oder eine andere rechtsextreme Partei wählen. Deswegen finde ich es auch gut, wenn Sie und andere gegen die AfD auftreten. Ich schreibe Ihnen aber, damit Sie Ihre „Argumente“ noch einmal überprüfen und in Zukunft davon absehen, harmlose Mitbürger als Nationalisten zu beschimpfen....“*

Zunächst möchte ich Einiges zurechtrücken: Ich bin erstens in dem genannten Vortrag nicht – unmittelbar - gegen die AfD angetreten. Näheres dazu gleich. Und zweitens habe ich niemanden als Nationalisten *beschimpft*. Vielmehr habe ich mich bemüht, die Parole, dass Ausländer „uns“ die Arbeitsplätze wegnehmen, zu kritisieren, ihre Fehler und ihre nationalistische Parteilichkeit aufzuzeigen. Sie hätten mich völlig missverstanden, wenn Sie meine Kritik einer *Parole* mit der *moralischen Diskreditierung* der *Person* gleichsetzen, die sie von sich gibt. Schon gar nicht ging es mir um *Ausgrenzung* oder um ein In-die-rechte-Ecke-stellen, zumal in den Ecken für all die Anhänger dieser Parole gar nicht genug Platz wäre. Wie käme ich dazu? Ich will doch, dass sie von ihr *lassen!*<sup>1</sup> Auch dazu weiter unten mehr. Mir ging es in diesem Vortrag zum einen um den Nachweis der *Fehler*, von denen diese heimatverbundene Geisteshaltung namens Nationalismus lebt. Zum anderen wollte ich aufzeigen, dass diese Fehler auch für die Bürger, die ihr frönen und nicht nur für die von ihnen ausgegrenzten Mitbürger, *schädliche Wirkungen* jeder Art einschließen. Allein darum ging und geht es mir.

\*\*\*

Zur Sache selbst und zum Kern Ihrer Kritik: Dass Ausländer „uns“ die Arbeitsplätze wegnehmen, das will keiner der Vertreter der Parole wortwörtlich verstanden wissen. Zu bekannt ist jedem, der Arbeit in fremden Diensten um des Lebensunterhalts willen braucht, dass es Unternehmer bzw. ihre Personalchefs sind, die einen auf Tauglichkeit für Betrieb oder Büro mustern, einen einstellen, ablehnen und auch wieder entlassen, wenn mit der Arbeit auch der Arbeiter im Unternehmen nicht mehr gebraucht wird. Zu klären, wer das *Subjekt* in Sachen Arbeitsvergabe ist und wer sich als dessen *Objekt* mit den Arbeitsplatzangeboten abzufinden hat, damit muss ich mich nicht lange aufhalten. Auch nicht mit dem Nachweis der *Kriterien* der Tauglichkeitsprüfung, die bei der Bewerbung um und bei der täglichen Ablieferung von Arbeit zur Anwendung kommen. Dass eigene Lohnvorstellung regelmäßig durch das blamiert werden, was der Betrieb zu zahlen bereit ist, und es letztlich um nichts anderes geht, als sich den Vorgaben der Unternehmen dienstbereit zu unterwerfen, dass also folglich Arbeit nur erhält, wer allein den Rentabilitätsinteressen der Unternehmer in Sachen Qualifikation, Willigkeit und Anspruchslosigkeit genügt, ist gleichfalls kein Geheimnis. Folglich wäre es auch keine übermäßige theoretische Leistung, den *ökonomischen Gegensatz* zwischen sich, dem Einkommensabhängigen, und dem Unternehmer festzuhalten und daraus Konsequenzen zu ziehen.

Nicht so die Vertreter der Parole. Sie beziehen sich auf die *Konkurrenz* auf dem Arbeitsmarkt: Dort sollen die ausländischen Konkurrenten „uns“, den deutschen Konkurrenten, Arbeitsplätze „wegnehmen“, und zwar dadurch, dass sie sich wie ihre deutschen Kollegen genau den gleichen Konkurrenzbedingungen stellen. Merkwürdig ist das gleich in mehrfacher Hinsicht: Wo es sich erstens um Bedingungen handelt, die sich keiner der Arbeitssuchenden *ausgesucht* hat. *Alle* Konkurrierenden – In- und Ausländer – werden in derselben unternehmerischen Tauglichkeitsprüfung von den 'Arbeitgebern' gegeneinander ausgespielt. Obwohl sie *alle* das *Gleiche* wollen,

<sup>1</sup> Die Stoßrichtung Ihrer Email fällt bei mir unter FAQ und weist mich daraufhin, dass ich in der Tat in meinen Vorträgen und Schriften noch genauer argumentieren muss .

nämlich erträgliche Arbeit für auskömmlichen Lohn - kein Wunder, wo sie sich ohne eigene Einkommensquelle *alle* in der gleichen ökonomischen Lage befinden -, werden sie alle in einen *Gegensatz gegeneinander* gehetzt. Und der wird von Unternehmen zudem in dem Maße zur Lohnsenkung ausgenutzt, wie die Nachfrage nach Arbeit das Angebot übersteigt. In diesem als Arbeitsmarkt eingerichteten *Dauerkampf* um bezahlte Arbeit haben Arbeitssuchende aller Couleur also nur eine Chance, wenn sie in Sachen verlangter Anspruchslosigkeit die Mitkonkurrenten unterbieten. Ausländer, Flüchtlinge zumal, deren materielle Lage noch *trostloser* ist als die des durchschnittlichen deutschen Lohnarbeiters, müssen *nehmen*, was sie kriegen können.

Dabei nimmt kein *Konkurrent* dem anderen etwas „weg“; wie auch, wo Unternehmer, mit der ganzen Macht des Kapitaleigentums ausgestattet, sich in dem Angebot an desolaten Figuren mal den einen und mal den anderen greifen, also zugleich mit großzügigen *Absagen* die Masse der Arbeitssuchenden sortieren. In der Parole steht all das auf dem Kopf: Glatt erklärt sie diejenigen, die zwecks Ablieferung von Lohnarbeit von Betrieben kassiert werden, zu den wahren *Entscheidungssubjekten* in der Konkurrenz.

Genauer gesagt - und das ist der entscheidende Punkt - , nur *eine* Gruppe von Konkurrenten, nur die *Ausländer* sollen es sein, die den *Inländern* Arbeitsplätze wegnehmen.<sup>2</sup> Die Konkurrenz um Arbeit wird also in höchst aufschlussreicher Weise *vorsortiert*. Denn diese Vorsortierung nimmt ihr Kriterium gar nicht aus dem Konkurrenzbetrieb, in welchem allein Unternehmer ihre *ökonomischen* Interessen durchsetzen. Sie bringt vielmehr gänzlich sachfremd *nationale* Unterschiede in Anschlag, fügt also ideell in die Konkurrenz ein Kriterium ein, das die Unternehmer in ihrer Rentabilitätskalkulation überhaupt nicht auf dem Schirm haben. Und diese Sortierung ist dabei alles andere als nur formal. Sie ist vielmehr mit dem implizit oder explizit geäußerten Anspruch verbunden, dass Ausländer doch hier, auf „*unserem Arbeitsmarkt*“ nichts zu suchen, als *Nichtdeutsche* – und das ist der *nationalistische* Kern der Parole – kein *Recht* darauf hätten. Als würde sich so eine Berechtigung aus Herkunft und Pass und nicht allein aus der Nachfrage der Betriebe nach tauglichen Arbeitsleuten ableiten!<sup>3</sup>

Und schon wird über diese nationalistische Vorsortierung der Konkurrenz die *Not* von Arbeitssuchenden in ein *Privileg* verdreht, das nur „uns“, den Deutschen, zusteht. Also werden nicht nur Subjekt und Objekt der Entscheidung über Arbeit auf den Kopf gestellt, auch die Arbeitswelt selbst erfährt hier im Lichte der Konkurrenz durch unbefugte Ausländer eine gegenteilige, eine *positive* Bewertung: Wäre denn die Arbeitswelt - lautet meine rhetorische Frage - denn eine ganz andere, erträglichere, angenehmere, wenn nur „*reinrassige Deutsche in den Genuss kämen, von berechnenden Arbeitgebern einem Lohn- und Leistungsvergleich unterworfen zu werden*“<sup>4</sup>, die doch keinem Bewerber um die hier angebotene Arbeit gut bekommt? Wird denn die Konkurrenz um knappe Arbeitsplätze nur mit den Ausländern als Mitbewerber *unaushaltbar*? Werden denn *deutsche* Arbeiter nicht genauso gegeneinander ausgespielt und zu Lohnverzicht genötigt? Ist die Arbeitswelt denn primär durch nationale *Identität* zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer charakterisiert, der *Gegensatz* zwischen ihnen aber zweitrangig, wenn nicht gar zu vernachlässigen?

Und wie passt dazu eigentlich erstens die ausgänglich behauptete *Sorge um den Arbeitsplatz* und zweitens Ihr Bekenntnis, dass Sie „*persönlich gar nichts gegen Ausländer haben*“? Erstens: Wen allein diese Besorgnis umtreibt, den Arbeitsplatz und damit das Einkommen zu verlieren, der käme auf ganz andere Beschwerden. Der würde die Behebung eines gänzlich anderen Mangels einklagen,

2 Aber nicht nur das: Bleibt man einmal kurz bei dieser krassen Fehldeutung der Konkurrenz, dann käme man um die Feststellung kaum herum, dass dann wohl *jeder* frisch Eingestellte denen, die sich weiter auf dem Arbeitsmarkt abmühen, den Arbeitsplatz 'geklaut' hätte – dann auch die Inländer den Ausländern, die Ausländer ihren Kollegen aus der Ferne oder Inländer anderen Inländern, z.B. all jene Inländer, die frisch von der Schulbank auf den Arbeitsmarkt entlassen werden oder jene Inländer die, die lernen was eine Massenentlassung ist. Das wäre die logische Konsequenz dieser falschen Bestimmung von Arbeitsmarktkonkurrenz.

3 Das wird unterstrichen durch das staatliche Berechtigungswesen: Ausländer, Flüchtlinge und andere, werden zum Arbeitsmarkt zugelassen, wenn beim deutschen Kapital z.B. ein „Facharbeitermangel“ herrscht, fürs Spargelstechen Tagelöhner gebraucht werden etc.

4 Aus: „An die 'besorgten Bürger': Eure Parolen sind verkehrt!“, in: GegenStandpunkt, Heft 4/18, S.5

den Mangel an vernünftig dotierten und aushaltbaren Arbeitsplätzen nämlich. Der würde die Beschädigung seines *materiellen* Interesses in der und durch die „soziale Marktwirtschaft“ anklagen und nicht arme Kreaturen aus dem Ausland, die es wegen vergeblicher Arbeitssuche in der Heimat in die Fremde gezogen hat. Und zweitens: Ja, wenn man Ausländer einmal nur „persönlich“, als „Menschen“ nimmt, dann wissen Sie gar nichts gegen sie einzuwenden. Aber es handelt sich bei denen eben um Angehörige einer anderen *Nation*, die eigentlich gar nicht „zu uns“ gehören. Und allein das macht die Sache für Sie ziemlich *unpersönlich*. Anders gesagt: Aus Ihrem Alltag, Ihrem Lebensumfeld, Ihrem Arbeitsleben könnten Sie gar nichts gegen Ausländer sagen.<sup>5</sup> „Persönlich“, von Person zu Person, gibt es für Sie keine Ausgrenzungsgründe. Die überfallen Sie erst, wenn Sie sich selbst ganz unpersönlich als Angehörigen der deutschen Nation denken und zudem Ihre deutsche Nationalität derart *wertschätzen*, dass Fremde, Nichtdeutsche keine Berechtigung haben, in den Genuss des Lebens in dieser vortrefflichen Nation zu kommen. Nein, Ausländerfeindschaft ist das natürlich nicht! Übrigens: Haben Sie sich einmal überlegt, wie Sie eigentlich zu Ihrer Nationalitätszugehörigkeit gekommen sind? Und weiter: Haben Sie, wo Sie doch für Deutschland sind, einmal eine Bilanz darüber angestellt, wie Sie in dieser Nation leben, wovon in dieser Nation dieses ihr Leben bestimmt ist? Nur eitel Sonnenschein und überall nur Freunde? Wo man sich mit jedem „wir“, „uns“ und „unser“ der Parteilichkeit für die Nation hingibt, da muss man schon die Anstrengung unternehmen, von all entschiedenen Machtverhältnissen in Politik, Ökonomie und im Sozialen *abzusehen*, die der Mehrheit der arbeitssuchenden Bevölkerung nicht eben gut bekommen.

\*\*\*

Für mich folgt aus all dem, dass Sie und Ihre Mitstreiter sich eine ganz entscheidende Frage vorlegen müssen: Sind für Sie die *Ausländer* auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt unerträglich oder ist es Ihre *ökonomische Lage*, in der Sie ständig die Befürchtung haben müssen, zu wenig oder gar keinen Lohn zum Leben zur Verfügung zu haben, die ihnen die Dauersorgen macht? Treibt Sie Letzteres um, dann könnte Ihnen deutlich geworden sein, dass Sie sich mit den armen Schweinen aus der Fremde den *falschen Gegner* gesucht haben. Und mit der Bestimmung der falschen Gegner hätten sie sich ihren *richtigen*, besser: den *wirklichen* Gegnern geradezu *ausgeliefert*: Immer getrieben von der patriotisch eingefärbten Vorstellung, dass *deutsches* Unternehmertum nie und nimmer für die Nöte *deutscher* Arbeiter verantwortlich sein könnte. Soweit die *Fehler* dieser abstrakten Parteilichkeit für die Nation – und nichts anderes ist Nationalismus – nebst den Hinweisen auf das, was sie nicht nur für die Ausgegrenzten, sondern auch für die Vertreter des Ausländerausgrenzens an *ungenuten Konsequenzen* einschließt.<sup>6</sup>

\*\*\*

Es könnte Ihnen übrigens zudem deutlich geworden sein, dass sich Ihre Parole kaum von dem Slogan der NPD-Faschisten, der Pegida oder von Teilen der AfD, „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“, unterscheidet: Wo Ihre Parole den Staat auffordert, für einen ausländerfreien Arbeitsmarkt zu sorgen, da radikalisiert die NPD dieses Ausgrenzungsdiktum nur bis zu seinem logischen Ende: Ausländer gänzlich raus bzw. gar nicht erst rein.<sup>7</sup> Dass Sie nun betonen, mit NPD oder AfD nichts am Hut zu haben, diese Parteien nie wählen würden, das will ich überhaupt nicht bezweifeln. Bezweifeln will ich nur die *Tragfähigkeit* ihrer Gründe, von einer Parteinahme für NPD und AfD abzusehen. Sehe ich das richtig, dass Sie es *als Deutscher* für ungehörig halten, Parteien die Stimme zu geben, die an die deutsche NS-Vergangenheit erinnern? Wenn ich richtig liege, dann legen Sie damit den Beweis erfolgreicher Nachkriegs*nationaler* Erziehung ab, die bei Vielen noch bis heute vorhält: Nationalismus sei, das haben wir – Sie und ich – gelernt, eine politisch nicht kor-

---

5 Sie kennen vielleicht den Scherz, in dem ein deutscher Rentner sagt: „Ausländer haben hier nichts zu suchen. Mit Ausnahme von Ali, der mir immer den Müll rausträgt!“

6 Es ging und geht mir um die Kritik des rechten Denkens bei großen Teilen der hiesigen Bürger – egal ob sie nun AfD oder CDUSPDFDPGRÜNLINKS wählen. Wenn es mir um die AfD-Kritik gegangen wäre, hätte ich mir ihr Parteiprogramm vorgenommen.

7 Was ja zur Zeit die deutsch-europäische Flüchtlingspolitik unter dem Beifall der AfD auch radikal umsetzt.

rekte, zum Nachkriegsdeutschland nicht gehörende, ja überholte Geisteshaltung, die nur den deutschen Faschismus ausgezeichnet habe. Lernen soll(t)en wir, Nationalismus sei der Hass auf alles Fremde, und deshalb mit Faschismus bzw. Nationalsozialismus gleichzusetzen; wohingegen heute für uns als deutsche Demokraten *Patriotismus*, die Liebe zum eigenen Land, geboten sei. Dass vielleicht der „Hass auf alles Fremde“ gerade aus „der Liebe zum eigenen Land“ *resultiert* – wie nicht nur die hiesigen Rechtsextremen, die AfD-ler ständig beteuern –, dass sich diese Sortierung zwischen ge- und verbotener Vaterlandsliebe schnell auflöst, das gehörte und gehört bis heute nicht zum Lernstoff in Deutschland.<sup>8</sup> Gelernt hat man vielmehr, sich für deutsche NS-Vergangenheit zu schämen, sich bis heute mit einem – regelmäßig an entsprechenden Feiertagen erneuerten – Schuldbekennnis für den Faschismus mit verantwortlich zu erklären, nur weil diese Faschisten von 1933-1945 auch *Deutsche* waren. Und das betreiben Sie - so verstehe ich Sie – ausgerechnet als *Kritiker* von AfD und Faschismus! Das passt schon zusammen: Nämlich dann, wenn Sie Ihren *Antifaschismus* hinter dem Bekenntnis zu Ihrem *Deutschtum* gründlich *verstecken*, weil Ihnen Ihre Parteilichkeit für dieses Deutschtum so wichtig ist, dass Sie es mit Schamgesten und Schuldbekennnissen von braunen Flecken säubern wollen. Eine hübsche Paradoxie, diese Nachkriegserziehung: Den *Stolz* auf ein Deutschland, das sich – in der Nachkriegszeit unter Kriegsteilnehmerstaaten einzigartig – offen zu seiner faschistischen Vergangenheit bekennt, daraus zu beziehen, dass sich Deutschland als Nachfolgestaat selbst *herabsetzt*. So hat es diese Nachkriegserziehung geschafft, mit der Absage an den *faschistischen Nationalismus*, einen neuen Nationalismus, man könnte ihn *demokratischen Nationalismus* nennen, in den Köpfen von Bürgern zu verankern.<sup>9</sup> Seit geraumer Zeit darf man auch wieder ganz ohne Rückgriff auf den etwas aus der Mode geratenen offiziellen Nachkriegsantifaschismus<sup>10</sup> stolz auf Deutschland sein: auf seine Erfolge in Europa und auf dem Weltmarkt, auf das gewachsene Ansehen in der Welt, auf das Mitspracherecht in der UNO oder bei den G20-Treffen. Längst sind „wir“ wieder wer, können „uns“ auch schon mal was herausnehmen und müssen „uns“ immer weniger gefallen lassen. Das sieht die AfD übrigens auch so; nur lässt für sie die Geltung reindeutscher Souveränität im In- und Ausland noch viel zu wünschen übrig.

---

8 Vgl. dazu auch die von mir mit einem Kollegen verfertigte Untersuchung über die NS-Zeit im deutschen Schulunterricht: Gutte/Huisken, *Alles bewältigt, nicht begriffen*, Hamburg (3.Auflage) 2019; und: K.Hecker, *Der Faschismus und seine Bewältigung*, München 1996, S.267ff

9 Nicht gerade wenige haben sich auch mit dem alten von vor 1945 in der Demokratie arrangiert.

10 Wo ich den Antworttext im Virusjahr 2020 gerade noch etwas überarbeite, ist hier auch wieder eine neue Linie eingekehrt: Ich sage nun „Erfurt“!